

# „Das Wort hat die Frau Bundeskanzlerin“ – Ist die Medialisierung der Politik in Regierungserklärungen messbar?

Chancen und Grenzen der automatisierten Inhaltsanalyse von politischer Kommunikation am Beispiel von Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler\*innen von 1949 bis 2021

THOMAS BIRKNER

## Abstract

Die Medialisierung der Politik ist ein bedeutendes Forschungsfeld der Kommunikationswissenschaft. Das Prozessuale des Begriffs wird jedoch bislang in der Forschung wenig adressiert, auch weil sich der empirische Nachweis von Medialisierung im Zeitverlauf sehr anspruchsvoll gestaltet. Der vorliegende Beitrag lenkt den Blick auf die höchste Regierungsebene, die bislang nicht im Zentrum von Studien zur Medialisierung der Politik stand, aber international durch Personen wie Putin, Trump oder Erdogan deutlich an Aufmerksamkeit gewonnen hat. Der empirische Zugang erfolgt mittels einer automatisierten Inhaltsanalyse von Regierungserklärungen der bundesdeutschen Kanzler und der Kanzlerin von 1949 bis 2021. Durch dieses *distant reading* können Strukturen in den Regierungserklärungen der vergangenen 73 Jahre offengelegt werden, ebenso aber auch die Schwächen einer rein quantitativen Messung von Medialisierung. Denn den Möglichkeiten der quantitativen Erhebung stehen Grenzen der Interpretation gegenüber. Auf der Basis einer historischen Kontextualisierung der „Medienkanzler\*innen“ wird eine zukünftige Erweiterung des *distant reading* der automatisierten Inhaltsanalyse um ein intensives *close reading* der Reden vorgeschlagen.

Keywords: *Bundeskanzler\*innen, Medialisierung, politische Kommunikation, Regierungserklärungen, automatisierte Inhaltsanalyse*

Medialisierung ist in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Forschungskonzept in der internationalen Kommunikationswissenschaft geworden (Lundby, 2014, S. 3). Auch das Verhältnis von Politik und Medien ist zunehmend mit dem Konzept der Medialisierung beschrieben, analysiert und empirisch erforscht worden. Dabei eröffnet der Begriff Medialisierung eine Prozesshaftigkeit, die in der theoretischen Anlage wie auch der Analyse des Verhältnisses von Politik und Medien eine gewichtigere Rolle spielt als in der dazwischen zu verortenden Anlage des Studiendesigns und der methodischen Operationalisierung. Im Folgenden sollen die Chancen und Grenzen einer Längsschnittstudie zur Medialisierung der Politik mittels einer automatisierten Inhaltsanalyse von Regierungserklärungen der deutschen Kanzler und der Kanzlerin von 1949 bis 2021 ausgelotet werden.

Zunächst aber werden der Forschungsstand aufgearbeitet und das theoretische Konzept vorgestellt, welches das Forschungsprojekt anleitet und in die bestehende Forschungslandschaft einordnet. Aus der existierenden Forschungsliteratur und dem Theoriemodell werden daraufhin Hypothesen abgeleitet. Anschließend werden das methodische Vorgehen der automatisierten Inhaltsanalyse und das Textkorpus von Regierungserklärungen aus den 73 Jahren Bundestag von 1949 bis 2021 erläutert. Mit der Methode der automatisierten Inhaltsanalyse wird dabei versucht, Strukturen und Auffälligkeiten in den Regierungserklärungen im Zeitverlauf im Hinblick auf Medialisierung zu entdecken. Die Ergebnisauswertung zeigt die interpretativen Limitationen der rein automatisierten Inhaltsanalyse. Als Kontextwissen für eine weitergehende Analyse werden die sieben Kanzler und die Kanzlerin kurz in ihrer jewei-

ligen medienhistorischen Konstellation verortet, sowie Ansätze einer Erweiterung um die vertiefte qualitative Textanalyse vorgestellt.

## Forschungsstand

Medialisierung beschreibt in der internationalen Forschung recht allgemein einen Bedeutungszuwachs der Medien in modernen Gesellschaften. Nicht selten wird darunter ein Übergreifen der Medienlogik auf die Eigenlogik anderer sozialer Systeme wie etwa des politischen Systems verstanden (Mazzoleni & Schulz, 1999; Strömbäck, 2008), obschon die Unbestimmtheit der Logik(en) vielfach ebenfalls thematisiert wird (Couldry, 2012; Esser & Strömbäck, 2014; Haßler, 2017; Hepp & Krotz, 2012; Hjarvard, 2008; Landerer, 2013; Mazzoleni, 1987; Spörer-Wagner & Marcinkowski, 2011). Marcinkowski (2015, S. 76) bezeichnet Medialisierung als „die Durchdringung der Gesellschaft mit der von den Medien praktizierten Logik der Erzeugung öffentlicher Aufmerksamkeit“ und erläutert, „dass mediale Publizität heute in weiten Teilen der Gesellschaft als ein wirkungsvolles Instrument der Leistungssteigerung wahrgenommen wird, weshalb ihrer Herstellung erstaunliche Anstrengungen gewidmet werden“ (Marcinkowski, 2015, S. 71).

Dies ist bereits für unterschiedliche gesellschaftliche Teilsysteme untersucht und belegt worden, etwa für den Sport (Heinecke, 2014) oder auch für die Wissenschaft (Schäfer, 2014). Empirische Studien zeigen auch die Medialisierung der Politik, allerdings auf sehr unterschiedlichen Ebenen und jeweils mit entsprechenden Einschränkungen (u.a. Baugut, 2017; Borucki, 2014; Donges, 2008; Fawzi, 2014; Haßler, 2017; Kepplinger, 2002).

In der internationalen Medialisierungsforschung wird für viele Länder als entscheidende Triebfeder einer Medialisierung der Politik die Privatisierung und Kommerzialisierung des Fernsehens angesehen (u.a. Asp, 1986; Martín-Barbero, 1987; Mazzoleni, 1987; Meyrowitz, 1985). In Deutschland hatte bereits 1982 Oberreuter befürchtet, die Eigengesetzlichkeit der Medien würde die Eigengesetzlichkeit der Politik überlagern (Oberreuter, 1982). Diese Perspektive des Fernsehzeitalters führte in der nationalen wie internationalen Forschung vielfach zur Vor-

stellung einer Kolonialisierung der Politik durch die Medien (Meyer, 2001).

Insgesamt wird Medialisierung in Phasenmodellen als Prozess einer Bedeutungszunahme der Medien im Zeitverlauf beschrieben. Schade und Künzler (2010, S. 90) spannen einen weiten Bogen von der Frühgeschichte über den Buchdruck im 15. Jahrhundert hin zur „Entzeitlichung der Rezeption von Rundfunkmedien“. Für das 20. Jahrhundert hat Strömbäck eine international viel beachtete Phasenunterteilung vorgelegt, die von einer Dominanz der Politik ausgehend einen zunehmenden Bedeutungsgewinn der Medien im Zeitverlauf skizziert, der schließlich in einer Kolonialisierung der Politik (Meyer, 2001) durch die Medien Ende des 20. Jahrhunderts mündet (Strömbäck, 2008). Hieran angelehnt hat Birkner die deutsche Regierungskommunikationsgeschichte in Phasen der Dominanz der Politik und (mit Fragezeichen versehen) der Medien unterteilt und ein Gleichgewicht skizziert, das die Linearität und Eindimensionalität des Medialisierungsprozesses und damit auch die Kolonialisierung der Politik durch die Medien in Frage stellt (Birkner, 2018).

Auch empirische Studien wie jene von Borucki verweisen „die Kolonialisierungsthese ins Reich der wissenschaftlichen Mythen“ (Borucki, 2014, S. 338). Gleichwohl kann Borucki auf der Basis etwa der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformation bei den Bundesministerien von 1982 bis 2010 quantitativ durchaus Medialisierungstendenzen feststellen. Ebenso hat Kepplinger in einer sehr aufwändigen Studie zur „Kleinen Anfrage“ im Deutschen Bundestag zeigen können, dass die gesetzgeberischen Aktivitäten im Zeitraum von 1949 bis 1994 konstant blieben, die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten aber, wie die „Kleinen Anfragen“, dagegen enorm zunahmen (Kepplinger, 2002). Kepplinger sieht darin eine bewusste Anpassung der Politik an die Medien und spricht von „Autonomieverlust, Funktionsverlust und Machtverlagerung“ (Kepplinger, 2008, S. 327).

Die Geschichtswissenschaft wirft übrigens mit der ihr eigenen stets langfristigen Perspektive einen anderen Blick auf die „Beziehungsgeschichten“ von Politik und Medien und betont die „starke Stellung der Politik“, die allerdings dadurch relativiert wird, „dass

es schwer ist, ohne unabhängige Medien Politik zu machen“ (Daniel, 2018, S. 386).

## Theoretischer Rahmen und Hypothesenbildung

Die Aufbereitung des Forschungsstandes offenbart einen ersten Schub der Medialisierungsforschung Anfang/Mitte der 1980er Jahre mit dem Aufkommen des Privatfernsehens. Der bereits 1979 von Altheide und Snow (1979) eingeführte Begriff der Medienlogik spielte dabei zunächst implizit, dann explizit eine entscheidende Rolle, denn Medialisierung wurde, wie gezeigt, als eine Anpassung der Politik an eben diese Medienlogik verstanden. Altheide und Snow definieren Medienlogik wie folgt:

*In general terms, media logic consists of a form of communication; the process through which media present and transmit information. Elements of this form include the various media and the formats used by these media. Format consists, in part, of how material is organized, the style in which it is presented, the focus of emphasis on particular characteristics of behavior, and the grammar of media communication. Format becomes a framework or a perspective that is used to present as well as interpret phenomena.*

(Altheide & Snow, 1979, S. 10, Hervorhebung im Original)

Diese Definition, nahe an den Produktionsbedingungen journalistischer Medien, hat sich dann in der Literatur zu einem universell verstandenen „modus operandi of mass media“ (Hjarvard, 2008, S. 113) entwickelt. Ihre Beschaffenheit war und ist vielfach Bestandteil von theoretischen Überlegungen, wissenschaftlichen Disputen und empirischen Projekten (u. a. Couldry, 2008, 2012; Esser, 2013, Landerer, 2013; Haßler, 2017). Zentrale Aussage eines Strangs der Medialisierungsforschung ist, dass eine Anpassung an diese Logik durch die Politik quasi mit einer Unterwerfung unter die Funktionsmechanismen der Medien gleichzusetzen sei. Meyen spricht von einer „Welt, die sich die Handlungslogik der Medien einverleibt hat“ (Meyen, 2018, S. 84). Neutraler hat Karma-

sin (2006, S. 379) für Österreich festgestellt: „Medienentwicklung und Gesellschaftsentwicklung sind nicht zu trennen.“

Entgegen dem „Kolonialisierungsverständnis“ von Medialisierung haben Marcinkowski und Steiner (2010, S. 71) geschrieben, dass die Massenmedien die Politik „kaum zur ungewollten Übernahme systemfremder Programme zu zwingen vermögen“ und sprechen deshalb von einem „Push-and-Pull-Modell“ (Marcinkowski & Steiner, 2010, S. 72, vgl. auch Donges & Jarren, 2014), wie es dann Blumler und Esser (2019, S. 868) ebenfalls nutzen:

*Push forces (expressing an active role of the media in shaping the campaign discourse – by simultaneously adapting to news management) and pull forces (expressing an active role of the parties in shaping the campaign discourse – by simultaneously adapting to the media).*

Dies hat die Medialisierungsforschung nicht nur für Parteien (Blumler & Esser, 2019; Donges 2008; Donges & Jarren, 2014), sondern auch für Politiker\*innen zeigen können und spricht dann von Selbstmedialisierung (u.a. Birkner, 2015; Casero-Ripollés et al., 2016; Dylla, 2008; Meyer, 2001). Der Rhetorik-Forscher Kramer (2021, S. 118) etwa meint über Angela Merkel: „Sie hat die Logik der Medien verstanden und sich selbst und das Bild, das die Medien von ihr zeichnen, unter Kontrolle.“ Die Intention für eine Anpassung an die Medien ist eine gesteigerte Medienberichterstattung und damit eine höhere öffentliche Aufmerksamkeit, die sich in Wähler\*innenstimmen und damit in der Performance von Politiker\*innen niederschlagen soll.

Dabei ist bei Politiker\*innen, die selbst regelmäßig Gegenstand von Medienberichterstattung sind, davon auszugehen, dass diese Berichterstattung als reziproke Effekte (Kepplinger, 2007; Kepplinger & Zerback, 2009) über das medienbezogene Handeln auf das Ausmaß der Anpassung rückwirken. Dieses Handeln speist sich außerdem aus der wahrgenommenen, oder auch antizipierten, Medienlogik (Nölleke & Scheu, 2018). Damit ist nicht die Beschaffenheit der Medienlogik der theoretische Orientierungspunkt, sondern die jeweilige Vorstellung davon, wie die Medien funktionieren. Kramer etwa meint über

Merkel, sie habe „sich den Forderungen nach Kürze und Prägnanz in Interviews und Statements“ angepasst und „machte sich die Regeln zielgerichteter Kommunikation in den Medien zu eigen“ (Kramer, 2021, S. 118).

Doch wie sieht diese Anpassung konkret aus und wie lässt sie sich messen? Reinemann (2010) hat verschiedene Grade der Medialisierung der Politik unterschieden und diese von der Darstellung von Politik hin zur Herstellung von Politik hierarchisch angeordnet (Abbildung 1). Einen geringen Medialisierungsgrad weisen demnach die Professionalisierung von Medienaktivitäten, wie sie Borucki (2014) mit dem steigenden finanziellen (und damit auch personellem) Aufwand für Öffentlichkeitsarbeit untersucht hat, auf, sowie die Zunahme von Medienaktivitäten/Inszenierungen, wie sie Kepplinger (2002) mit seiner Untersuchung zur „Kleinen Anfrage“ zeigen konnte. Einen hohen Medialisierungsgrad weisen eine Orientierung an den Medien bei Policy-Entscheidungen auf, wie dies Fawzi (2014) für die Energiepolitik herausgefunden hat oder bei Personalentscheidungen, wie Gaßner et al. (2019) am Beispiel der „Schönheit“ von Kandidat\*innen untersuchten. So gab der CDU-Politiker Peter Altmeier 2015 zu Protokoll (Vates, 2015): „Ein Politiker, der so aussieht wie ich, kann es in der heutigen Mediendemokratie nicht in die erste Reihe schaffen.“

Zwischen geringem und hohem Medialisierungsgrad liegen die Orientierung bei öffentlichen Aussagen, sowie bei der Themenaus-

wahl. Die vorliegende Studie fokussiert auf öffentliche Aussagen in Form von Regierungserklärungen. Dabei wird die Orientierung an den Medien, wie hergeleitet, als Anpassung an eine wahrgenommene Medienlogik verstanden. Entscheidend ist zu betonen, dass mit der theoretischen und empirischen Anlage der Studie neben der Anpassung auch die „bewusste Nicht-Anpassung“ (Donges, 2005, S. 334) an eine antizipierte Medienlogik in den Blick genommen werden kann.

Für den empirischen Nachweis der Anpassung an die Medienlogik sind in der Forschungsliteratur etwa die Betroffenen (und Expert\*innen) befragt worden, in einigen Studien standardisiert (u.a. Pontzen, 2006; Fawzi, 2014), in anderen mit Leitfadenterviews (u.a. Baugut, 2017; Borucki, 2014). Außerdem wurden, etwa von Kepplinger (2002), Texte analysiert. Um die Langfristigkeit des Medialisierungsprozesses abbilden zu können, wird hier eine Analyse von Regierungserklärungen durchgeführt. Die Forschungsfrage lautet:

*FF: Lässt sich in den Regierungserklärungen von 1949 bis 2021 ein linearer Prozess der Medialisierung der Politik im Sinne einer Anpassung an die Medien feststellen?*

Auf der Basis des bisher Ausgeführten kann angenommen werden, dass eine Anpassung an die Medien auf der Textebene in diesen Regierungserklärungen durch eine häufigere Erwähnung von Medien ihren Niederschlag findet. Stützen lässt sich dies zum Beispiel

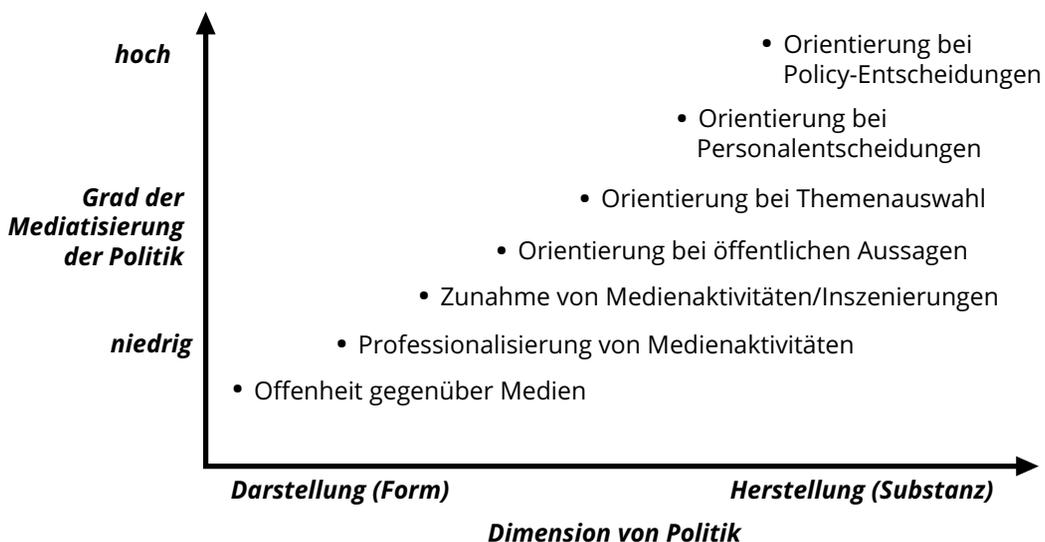


Abbildung 1: Indikatoren für die Medialisierung politischer Akteure nach Reinemann (2010, S. 288)

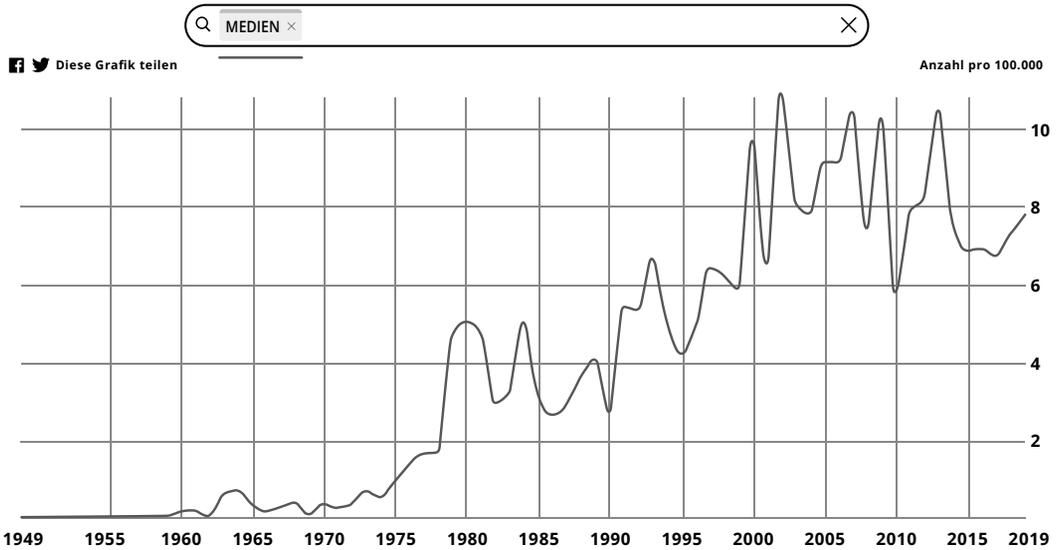


Abbildung 2: Erwähnungen des Wortes „Medien“ in den Bundestagsprotokollen im Zeitverlauf 1949–2019 nach Darstellung von „Darüber spricht der Bundestag“ auf ZEIT ONLINE.

mit dem datenjournalistischen Projekt „Darüber spricht der Bundestag“ (Biermann et al., 2019; vgl. auch Puschmann, 2021). Hier zeigt sich, dass die Verwendung des Wortes „Medien“ in den Bundestagsprotokollen in 70 Jahren Bundestag deutlich zugenommen hat (Abbildung 2).

Ein differenzierter Blick in die Bundestagsprotokolle über das ZEIT-Tool offenbart dann einen Blick in die Mediengeschichte der Bundesrepublik. Während die Anzahl der Erwähnungen der Presse und auch des Fernsehens im Zeitverlauf zurückgehen, steigt

die Anzahl der Erwähnungen des Internets seit 1995 stark an. Das Radio verbleibt über den gesamten Zeitraum auf sehr niedrigem Niveau (Abbildung 3). Hieraus lässt sich folgende Hypothese ableiten:

*H1: Medien werden im Zeitverlauf in den Regierungserklärungen der Bundeskanzler und der Bundeskanzlerin immer häufiger erwähnt.*

In Bezug auf die Orientierung an den Medien bei öffentlichen Aussagen spricht Reinemann (2010, S. 286-287) von „Vereinfachung, Ver-

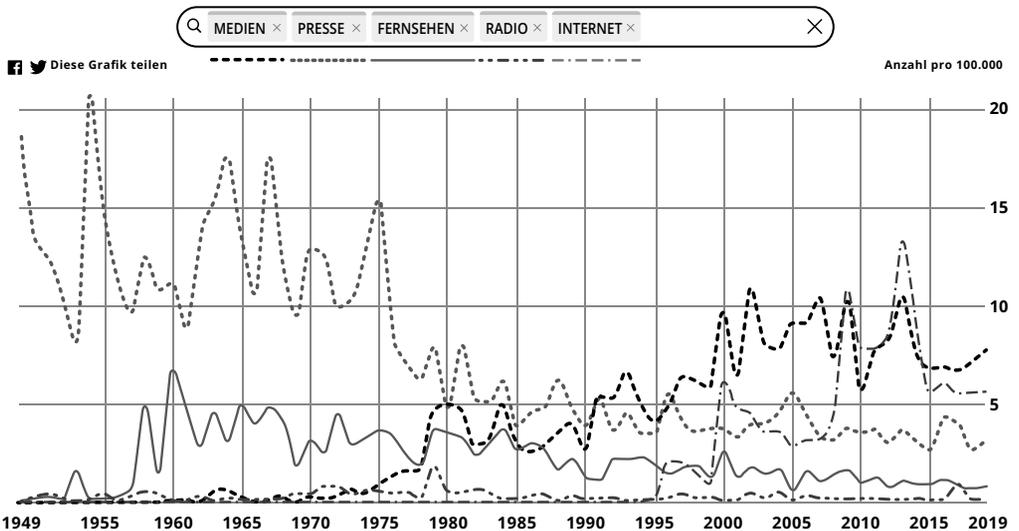


Abbildung 3: Erwähnungen der Begriffe „Medien“, „Presse“, „Fernsehen“, „Radio“ und „Internet“ in den Bundestagsprotokollen im Zeitverlauf 1949–2019 nach Darstellung von „Darüber spricht der Bundestag“ auf ZEIT ONLINE.

kürzung, Zuspitzung“. Meyen et al. (2015, S. 151) sehen als medienwirksame Anpassungen etwa die Konzentration auf „zitierfähige Aussagen“ an, während Strömbäck (2008, S. 233) „in the ongoing struggle to capture people’s attention“ eine Orientierung an den „news values and [...] storytelling techniques“ der Medien in Sinne einer Simplifizierung sieht. Diese wurde bereits Ende der 1980er Jahren von Mazzoleni (1987) thematisiert. Auch Kepplinger spricht auf der Basis seiner Forschung von „short and simple statements (sound bites)“ im Bundestag (Kepplinger, 2002, S. 974), was auch bereits für die Kanzlerkandidaten im Wahlkampf gilt (Wilke & Reinemann, 2000). Sarcinelli spricht von Anpassungen an die Medien mittels einer „möglichst gelungene[n] Inszenierung, der Aufmerksamkeit sichernden Pointe, dem unterhaltenden Gag ..., dem schönen Bild“ (Sarcinelli, 2011, S. 112). Auf den Punkt gebracht hat das von den hier analysierten Personen der Bundeskanzler Helmut Schmidt, der den Radio- und Fernsehreporter\*innen in die Mikrofone sprach: „Na gut, dazu gebe ich Ihnen eine Antwort – aber die dauert drei Minuten. Ich senke dabei nicht einmal die Stimme, damit ihr nicht schneiden könnt“ (zitiert nach Zipfel, 2005, S. 129).

Schmidt hatte als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag 1965 die Fernsehübertragung von Bundestagsdebatten begrüßt, zugleich aber auch gewarnt: „Die Redner im Bundestag kommen sehr in Versuchung, nicht zu ihren Kollegen im Parlament, sondern nur noch zum Fernsehpublikum zu sprechen“ (Schmidt, 1965), was sich etwa in einer positiveren Darstellung ausdrücken kann. Aktuelle Befragungen, etwa mittels qualitativen Interviews, deuten darauf hin, dass Politiker\*innen durch die Medien einen deutlichen Druck verspüren und ihre Texte daraufhin überarbeiten, „um doch noch etwas zuzuspitzen und zu verkürzen“ oder sich „bei einem Thema heute eher Gedanken um die Schlagzeile als um den Inhalt machen“ (zitiert nach Scheu, 2021, S. 67, 70).

Solche Anpassungen an die Medien könnten durch eine Verkürzung der Regierungserklärungen im Zeitverlauf beobachtbar sein oder stärker noch durch die Verkürzung der Satzlänge sowie durch den Einsatz einer medienkompatibleren einfacheren Sprache, also so genannter „sound bites“. Im Sinne einer

positiven Selbstdarstellung in Anwesenheit der Fernsehkameras kann auch eine positivere Sprache als Anpassung an die Medien verstanden werden. Dabei ist zunächst einmal wichtig, und dies stützt bereits die Annahme einer Orientierung an den Medien, dass „sich alle Kanzler bei der Textgattung Regierungserklärung einer überwiegend positiven Wortwahl“ bedienen (Busch & Kauptert, 2018, S. 367). So wurden vier weitere Hypothesen formuliert, die insbesondere auf entsprechende quantifizierbare Merkmale der Reden im deutschen Bundestag abheben. Zusammengefasst: Weil Politiker\*innen und damit auch die Kanzler\*innen glauben, dass kürzere, einfachere und positivere Reden und Sätze, bzw. einzelne Statements daraus, eine höhere Wahrscheinlichkeit auf mediale Berichterstattung haben, weil sie die Logik der Medien entsprechend antizipieren, passen sie sich entsprechend an die Medien an.

*H2: Die Anzahl der Wörter der Regierungserklärungen verkürzt sich im Zeitverlauf.*

*H3: Die Länge der Sätze in den Regierungserklärungen nimmt im Zeitverlauf ab.*

*H4: Die Komplexität der Sprache der Regierungserklärungen nimmt im Zeitverlauf ab.*

*H5: Der Ton der Regierungserklärungen wird im Zeitverlauf positiver.*

## Methodisches Vorgehen

Zur Prüfung der Hypothesen und zur Beantwortung der Forschungsfrage wird zunächst eine automatisierte Inhaltsanalyse durchgeführt, die in den vergangenen Jahren in der internationalen Kommunikationswissenschaft zunehmend Anwendung findet (u.a. Boumans & Trilling, 2016; Grimmer & Stewart, 2013; Günther & Quandt, 2016; Puschmann, 2021; Trilling & Jonkman, 2018), häufig verbunden mit einer kritischen Evaluierung ihrer „Chancen und Grenzen“ (Boczek & Hase, 2020). Diese Form der „computer-gestützten Analyse innerhalb der computational communication science“ verfolgt das Ziel, „Erkenntnisse über gesellschaftliche Phänomene aus Texten“ (Puschmann, 2021), hier 73 Regierungserklärungen von 1949 bis 2021, zu gewinnen.

Im Gegensatz zum stärker qualitativ orientierten *close reading* von Texten ermöglicht *distant reading* (Moretti, 2013, 2016) das Erkennen von Strukturen in einer großen Textmenge. Um die unter einer Medialisierung der Politik verstandenen langfristigen Anpassungsprozesse in den Reden der Bundeskanzler\*innen abbilden zu können, wurde für jedes Jahr eine große Regierungserklärung des/der jeweiligen Kanzler\*in ausgewählt. Die Redentexte wurden in der Regel aus der Dokumentation des Bundestags (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv>, <https://dip.bundestag.de>) generiert und als TXT-Dateien als Plaintext in das Programm R eingelesen. Die frei zugängliche Programmiersprache R bietet zahlreiche Möglichkeiten der Textanalyse (Puschmann, 2021).

Mit dem selbst erstellten Korpus wird über das Korpus von Busch und Kaupert (2018) hinausgegangen, die jeweils nur die Antrittsregierungserklärungen nach einer Wahl bzw. Wiederwahl analysiert haben. Gleichwohl war ihr Vorgehen für die vorliegende Analyse wichtig. Hier wurde ebenfalls, analog auch zur *Inaugural Address* des amerikanischen Präsidenten, stets die erste Regierungserklärung nach einer neuen Regierungsbildung für das Sample ausgewählt.<sup>1</sup>

Das amerikanische Pendant der *Inaugural Address* liegt als Textkorpus aufbereitet im R-Paket *quanteda*, das auch hier verwendet wurde, vor (Benoit et al., 2017; Benoit et al., 2018). Dieses umfasst die Antrittsreden von der ersten Rede George Washingtons 1789 bis zu jener von Donald Trump 2017 und damit 58 Texte aus über 200 Jahren US-Geschichte. Das Korpus von Busch und Kaupert (2018) umfasst die 22 Antrittsreden der

bundesdeutschen Kanzler und der Kanzlerin aus 70 Jahren bundesdeutscher Geschichte. Für das hier erstellte und untersuchte Korpus wurde außerdem für jedes weitere Kalenderjahr von 1949 bis 2021 in der Regel die erste große Regierungserklärung im jeweiligen Jahr ausgewählt (siehe Anhang). Auf diesem Weg schafften es auch einige jener „Berichte zur Lage der Nation im gespaltenen Deutschland“ in unser Sample. Gelegentlich wurde dieser auch erst im November des jeweiligen Jahres gehalten, so wie Ende der 1980er Jahre von Helmut Kohl. Diese an der US-amerikanischen *State of the Union-Address* orientierten Berichte wurden von 1968 bis 1989, als die Berliner Mauer fiel, vom Regierungschef vor dem Bundestag gehalten (Deutscher Bundestag, 2018). Sie eignen sich wegen des beschränkten Zeitrahmens und der inhaltlichen Monothematik nur bedingt für zukünftige Forschung zum Vergleich im Zeitverlauf mit den *State of the Union-Addresses* US-amerikanischer Präsidenten.

Die politikwissenschaftliche Forschung zu den Regierungserklärungen in Deutschland (u.a. Korte 2002a, 2002b; van den Berg & Vagt, 2002a, 2002b) ist recht überschaubar, ebenso die sprachwissenschaftliche (Pörksen, 2003) und auch die Forschung mittels automatisierter Inhaltsanalyse steht noch am Anfang (Busch & Kaupert, 2018). Insofern wird im Folgenden auch eine Methodenkritik die Analyse begleiten und es wird zu zeigen sein, wie sehr es an vielen Stellen einer Kontextualisierung der Ergebnisse des *distant readings* mittels eines *close readings* der Regierungserklärungen und ihrer jeweils zeit- und kontextgebundenen Inhalte bedarf. Korte stellt die Regierungserklärungen durch die „öffentliche Aufmerksamkeit“ durchaus in den Kontext der „Mediendemokratie“, sieht die Rede an sich allerdings als „resistent gegenüber den modernen Verlockungen und Formaten des Infotainments“ (Korte, 2002a, S. 12). Beides gilt es hier zu überprüfen.

Zur Prüfung von Hypothese 1, nach der die Medien im Zeitverlauf immer häufiger thematisiert werden, wurde mit einem selbst-erstellten Mediendiktionär gearbeitet, das im Wesentlichen neben Oberbegriffen wie Medien, Zeitung(en), Zeitschrift(en), Fernsehen, Radio, Internet auch die Namen zahlreicher Medien umfasst, sowie Begriffe wie Journa-

<sup>1</sup> Ich danke meiner Mitarbeiterin Annika Keute, meinem Freund Dirk Schümann und meinen Kollegen Jens Vogelgesang und Jakob Jünger für ihre Hilfe bei der automatisierten Inhaltsanalyse. Mit dem Korpus haben wir auch im Rahmen der von Christian Schwarzenegger, Erik Koenen und mir organisierten Workshopreihe zu *Computational Methods 2019* in Bremen mit Jakob Jünger gearbeitet. Außerdem danke ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG und dem Forschungsteam unseres DFG-Projekts „Medienbiografien der bundesdeutschen Kanzler und der Kanzlerin“ in München und Münster, Benjamin Krämer, Katharina Schmidt und Sebastian Mallek sowie den Teilnehmer\*innen meines Hauptseminars „It’s the media, stupid! – Die Medialisierung der Politik in Amerika und Deutschland im Vergleich“ im Wintersemester 2014/15 in München und meines Forschungsseminars „Die Kanzler und die Medien – Biografie und Strategie“ im Wintersemester 2018/19 in Münster.

lismus, Reporter\*innen, Nachricht, Bilder, Interview, Sender, Hörer\*innen, nicht aber Begriffe wie Kommunikation oder Öffentlichkeit. Zur Prüfung von Hypothese 2 wurde jeweils die Redenlänge erfasst, für Hypothese 3 die jeweilige Satzlänge innerhalb der Reden als Wörter je Satz.

Eine Möglichkeit, etwas über die Komplexität von Texten herauszufinden und Rückschlüsse auf ihre Informationsdichte zu ziehen (Puschmann, 2021), und damit Hypothese 4 zu prüfen, ist die Type-Token-Relation (TTR) aus der quantitativen Linguistik: „The type-token relation is understood as the ratio of the number of different words to all words in text, or with other words, the ratio of vocabulary richness to text length“ (Wimmer, 2005, S. 361). Hierzu wurden in den Texten die Anzahl von einmaligen Wörtern, der Types, und die Anzahl der laufenden Wörter, der Tokens, jeweils erhoben und miteinander in Verhältnis gesetzt (Puschmann 2021).

Zur Prüfung der Hypothese 5 wurde eine Sentimentanalyse durchgeführt. Dieses Verfahren untersucht – wörterbuchbasiert – die Regierungserklärungen auf positive und negative Wörter hin. Für die Durchführung einer Sentimentanalyse steht bei Wortschatz (<https://wortschatz.uni-leipzig.de/de/download>) der Universität Leipzig (Goldhahn et al., 2012) das Textkorpus Sentiment Wortschatz (SentiWS) zur Verfügung, das insgesamt etwa 16.000 positive und 18.000 negative Wortformen umfasst (Remus et al., 2010), von „Abmachung“, „Abschluss“ und „Abstimmung“ bis „zielgerichtet“ und „zuversichtlich“ und von „Abbau“, „Abbruch“ und „Abdankung“ bis „zweitklassig“ und „zwiespältig“.

## Ergebnisse

Die aus der Distanz gewonnenen Ergebnisse bezüglich der Medialisierung der Politik anhand der Textstrukturen der Regierungserklärungen deuten nicht auf eine Kolonialisierung der obersten Regierungsebene durch die Medien hin. Bezüglich Hypothese 1 (H1: *Medien werden im Zeitverlauf in den Regierungserklärungen der Bundeskanzler und der Bundeskanzlerin immer häufiger erwähnt*) lässt sich mittels Regressionsanalyse kein Zusammenhang zwischen dem Zeitverlauf und der Anzahl der Medienbezüge herstellen

( $F(1/47)=0.53$ ,  $R^2=.01$ ,  $p=.47$ ). Die Medienbezüge nehmen leicht ab (Abbildung 4) und die Hypothese wird entsprechend verworfen.

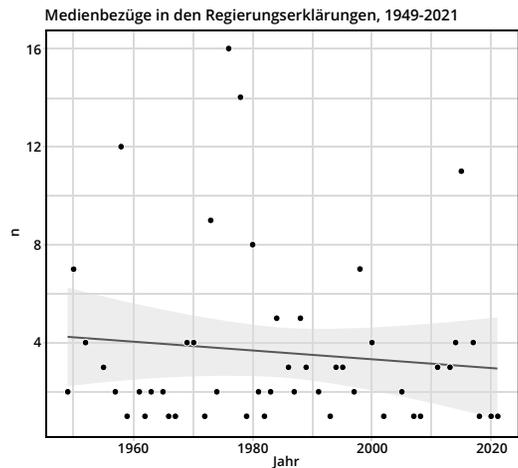


Abbildung 4: Medienbezüge in den Regierungserklärungen, 1949 bis 2021

Adenauer kommt in 14 Regierungserklärungen auf 34 Medienbezüge (fünf Reden ohne Medienbezug,  $MW=2.43$ ), Erhard in drei Regierungserklärungen auf vier Medienbezüge (eine Rede ohne Medienbezug,  $MW=1.33$ ), Kiesinger in seinen drei Regierungserklärungen auf zwei Medienbezüge (eine Rede ohne Medienbezug,  $MW=0.67$ ) und der erste Sozialdemokrat in dieser Reihe Brandt kommt in fünf Regierungserklärungen auf 18 Medienbezüge (eine Rede ohne Medienbezug,  $MW=3.6$ ). Sein Nachfolger Schmidt kommt in acht Regierungserklärungen auf 43 Medienbezüge (zwei Reden ohne Medienbezug,  $MW=5.38$ ). Kohl stellt in seinen 16 Regierungserklärungen 32 Medienbezüge her (fünf Reden ohne Medienbezug,  $MW=2$ ), Schröder in seinen sieben Regierungserklärungen nur 12 (vier Reden ohne Medienbezug,  $MW=1.71$ ) und Merkel kommt in ihren 17 hier untersuchten Regierungserklärungen auf 32 Medienbezüge (sechs Reden ohne Medienbezug,  $MW=1.88$ ). Über alle 73 Jahre ergibt sich ein Mittelwert von 2.42, dem der erste Kanzler Adenauer gleich am nächsten kommt und den seine Nachfolger\*innen dann zum Teil erheblich über- und unterschreiten.

Bezüglich der Hypothese 2 (H2: *Die Anzahl der Wörter der Regierungserklärungen verkürzt sich im Zeitverlauf*), nach der die Reden über die Jahre immer kürzer werden, kann auch hier mittels linearer Regression kein Zusammenhang zwischen dem Zeitver-

lauf und der Redenlänge festgestellt werden ( $F(1/71)=1.9$ ,  $R^2=.026$ ,  $p=.17$ ) Die Hypothese muss ebenfalls verworfen werden. Auch hier scheidet die Medienlogik als Einflussfaktor im Zeitverlauf aus – die Reden werden nicht signifikant kürzer (Abbildung 5, siehe Tabelle im Anhang).

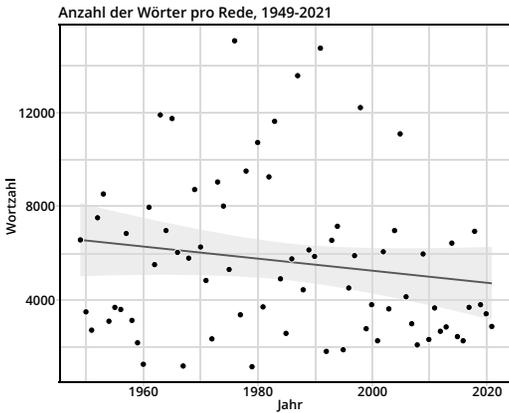


Abbildung 5: Anzahl der Wörter der Regierungserklärungen von 1949 bis 2021

Bezüglich Hypothese 3 ( $H3$ : Die Länge der Sätze in den Regierungserklärungen nimmt im Zeitverlauf ab), lässt sich jedoch ein signifikanter Rückgang der Wörterzahl pro Satz feststellen ( $F(1/71)=16$ ,  $R^2=.18$ ,  $p<.01$ ). Die Sätze in den Regierungserklärungen sind im Zeitverlauf kürzer geworden (Abbildung 6, Tabelle im Anhang), von zumeist über 20 Wörtern zu Zeiten von Adenauer (MW=22.16), Erhard (MW=21.22) und Kiesinger (MW=21.50), hin zu zumeist unter 20 Wörtern von Brandt (MW=19.43) und Schmidt (MW=19.75) über Kohl (MW=18.61) und Schröder (19.27) hin zu Merkel (MW=18.53).

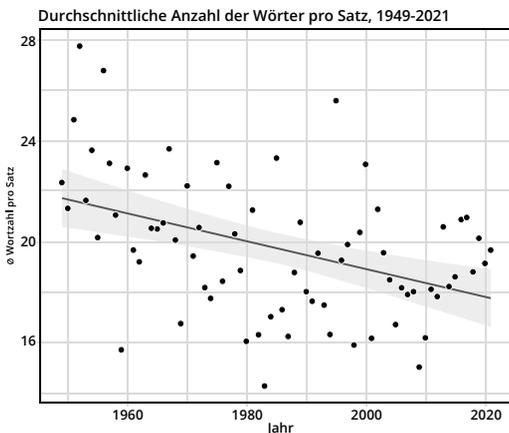


Abbildung 6: Anzahl der Wörter pro Satz in den Regierungserklärungen von 1949 bis 2021

Dies kann durchaus als eine Anpassung an die Medienlogik im Zeitverlauf interpretiert werden, da es sich offensichtlich um ein personenunabhängiges Phänomen handelt, das sich auch nicht aus der jeweiligen politischen Lage heraus erklären lässt. Die Kanzler und die Kanzlerin haben sich also insofern an die Medien angepasst, als sie in ihren Regierungserklärungen im Zeitverlauf immer kürzere Sätze verwenden. Hierzu sei noch angemerkt, dass Sprache sich selbstverständlich stets verändert und die Satzlänge auch in den Medien natürlich von Medium zu Medium stark differiert, und dass etwa die *Bild*-Zeitung deutlich kürzere Sätze textet („Wir sind Papst“) als etwa die *FAZ* (Weischenberg, 2001). Sprechen wir also mit Kepplinger von „short and simple statements (sound bites)“ (Kepplinger, 2002, S. 974)?

Kürzer sind die Statements jedenfalls im Zeitverlauf geworden. Aber auch einfacher? Damit kommen wir zu Hypothese 4 ( $H4$ : Die Komplexität der Sprache der Regierungserklärungen nimmt im Zeitverlauf ab) und der Type-Token-Relation (TTR). Lediglich die Reden von 1952 (Adenauer), 1991 (Kohl) und 2005 (Antrittsrede von Merkel) weisen eine leicht unterdurchschnittliche TTR auf, während die Regierungserklärungen von 1964 (Erhard) und 1978 (Schmidt) eine leicht höhere TTR und damit Informationsdichte aufweisen (Abbildung 7). Insgesamt sind die Regierungserklärungen diesbezüglich sehr homogen und so lässt sich hier im Zeitverlauf nicht etwa eine Komplexitätsreduktion feststellen. Die Sätze sind kürzer geworden, aber nicht zulasten der auf diesem Wege gemessenen Komplexität.

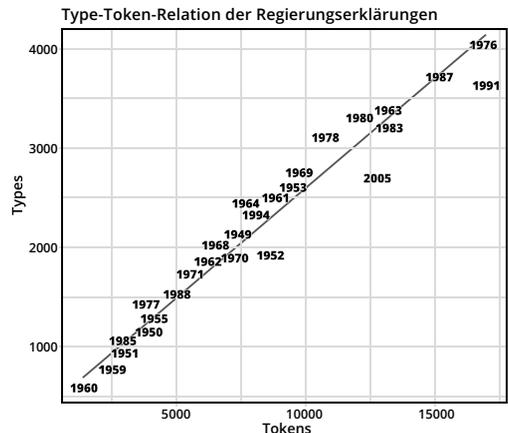


Abbildung 7: Die Type-Token-Relation der Regierungserklärungen

Bezüglich Hypothese 5 (*H5: Der Ton der Regierungserklärungen wird im Zeitverlauf positiver*) zeigt die gewichtete Sentimentanalyse, dass mittels linearer Regression kein Zusammenhang zwischen dem Zeitverlauf und der Tonalität der Reden festgestellt werden kann ( $F(1/71)=1.9$ ,  $R^2=.03$ ,  $p=.17$ ) (Abbildung 8).

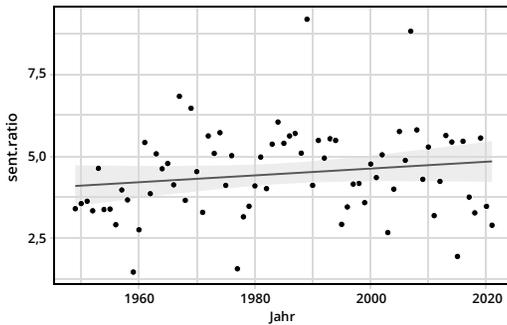


Abbildung 8: Sentimentanalyse der Regierungserklärungen von 1949 bis 2021

## Limitationen und Zwischenfazit

Auf Basis einer automatisierten Inhaltsanalyse der Regierungserklärungen von 1949 bis 2021 kann die hier gestellte Forschungsfrage, *FF: Lässt sich in den Regierungserklärungen von 1949 bis 2021 ein linearer Prozess der Medialisierung der Politik im Sinne einer Anpassung an die Medien feststellen?*, nicht eindeutig beantwortet werden. Bezüglich der Hypothesen H1, H2, H4 und H5 können wir keine Orientierung der Kanzler und der Kanzlerin an der Medienlogik feststellen. Weder hat die Zahl der Medienbezüge oder eine positive Tonalität im Zeitverlauf deutlich zugenommen, noch die Länge der Reden oder ihre Komplexität deutlich abgenommen. Insgesamt scheinen die Regierungserklärungen der Logik des politischen Systems zu folgen und nicht etwa der Medienlogik. Bezüglich Hypothese H3 allerdings konnte mit der Abnahme der Satzlänge eine Veränderung im Zeitverlauf festgestellt werden, die sich mit einer Orientierung an den Medien (mit)erklären lässt. Hier scheint sich die höchste Regierungsebene an den antizipierten Erfordernissen der Medien nach kurzen Statements langfristig zu richten. Im Gesamtkontext der Studie spricht das Ausmaß der Anpassung hier weniger für eine dysfunktionale Unterordnung als vielmehr für eine funktionale Orientierung an den Medien.

Im Sinne der Methodenkritik müssen aber auch die Schwächen der automatisierten Inhaltsanalyse deutlich benannt werden. Eine reine Quantifizierung sagt noch nichts über die Qualität einer möglichen Anpassung aus – zukünftig müssen also *distant* und *close reading* miteinander kombiniert werden (Moretti, 2013, 2016). Ebenso ist eine historische Einordnung der Kanzler und der Kanzlerin unverzichtbar und wird im Folgenden kurz skizziert.

## Kontextualisierung der Kanzler und der Kanzlerin

Mittels einer kritischen Adaption der Strömbäckschen Phasen sollen im Folgenden die Kanzler und die Kanzlerin auf der Basis von Überblicksliteratur (Birkner, 2016; Niclauß, 2015; Rosumek, 2007) in der Mediengeschichte der Bundesrepublik verortet werden, denn die Anpassung an die oben so genannte antizipierte Medienlogik speist sich aus Erfahrungen der Kanzlerin und der Kanzler mit den Medien, aus Medienkontakten und der jeweiligen Medienbiografie (Birkner, 2019, S. 31; Birkner & Nölleke, 2016, S. 372). Konrad Adenauer, Bundeskanzler von 1949 bis 1963, Jahrgang 1876, hatte mit dem Aufstieg der Massenpresse im Kaiserreich, der Propaganda im Ersten Weltkrieg, dem Beginn des Radios und dessen Einsatz durch Goebbels vor und während des Zweiten Weltkriegs schon viel deutsche Mediengeschichte erlebt, bevor er in die Position kam, als erster Bundeskanzler selbst Medienpolitik zu machen. Er kam aus einer Zeit von zum Teil enormer politischer Dominanz und scheiterte in der Bundesrepublik mit seinem „Adenauer-Fernsehen“ (Beucke et al., 2016, S. 71). Und er war von der „Spiegel-Affäre“ als Ausdruck eines neu entstandenen Gleichgewichts zwischen Politik und Medien ebenso überfordert wie seine Nachfolger Ludwig Erhard, Bundeskanzler von 1963 bis 1966, und Kurt Georg Kiesinger, Bundeskanzler von 1966 bis 1969 (Schmidt & Birkner, 2022; Wagener & Steppat, 2016). Alle drei gehören letztlich in ihrer Vorstellungswelt zur ersten Medialisierungsphase nach Strömbäck, in welcher die Medien zum politischen System gehören – etwa in Form von Parteizeitungen (Strömbäck, 2008, S. 236).

Die Kanzler der sozialdemokratischen Ära, Willy Brandt, Bundeskanzler von 1969 bis 1974, und Helmut Schmidt, Bundeskanzler von 1974 bis 1982, lassen sich, unter anderem durch eine mehr oder weniger starke journalistische Sozialisation, zum Teil in der Parteipresse (Birkner, 2014; Münkler, 2005), der zweiten bzw. dritten Medialisierungsphase nach Strömbäck (2008, S. 237-239) zuordnen. Die Phasengrenzen sind hier nicht trennscharf (Marcinkowski, 2015, S. 80; Birkner 2016, S. 303), da in der zweiten Phase noch die Politik in der Vorhand ist und diese dann in der dritten Phase auf die Medien übergeht (Strömbäck, 2008, S. 237-239). Man kann für diese Phasen von einem Gleichgewicht zwischen Politik und Medien (Birkner, 2018, S. 82-84) sprechen. Es folgt der für die Medialisierungsforschung entscheidende erste Einschnitt der Einführung von privatwirtschaftlich organisiertem Rundfunk. Dieser Umbruch vollzieht sich in Deutschland im Übergang von Schmidt, der 1978 in der ZEIT einen fernsehfreen Tag vorgeschlagen hatte (Schmidt, 1978), zu seinem Nachfolger Helmut Kohl, Bundeskanzler von 1982 bis 1998, der rasch nach der Amtsübernahme den Privatrundfunk in der BRD zuließ.

Aus Perspektive der Medialisierungsforschung ist beachtenswert, dass Kohl dieses neu eingeführte Medium zunächst nicht für eigene politische Zwecke nutzte, sondern erst nach der Wende 1989/1990 mit Sendungen wie „Zur Sache Kanzler“ im Privatsender Sat.1 (Gallon et al., 2016). Hier liegt der verzögerte Übergang zur vierten Phase, der Kolonialisierung (Meyer, 2001; Strömbäck, 2008, S. 239-240). Die Amtszeit von Gerhard Schröder, Bundeskanzler von 1998 bis 2005, kondensiert, auf die Medialisierung bezogen, in dem Ausspruch, er brauche zum Regieren nur „Bild, BamS und Glotze“ (Schröder zitiert nach Diekmann et al., 2012; vgl. Boberg et al., 2016, S. 257), gab dann der Medialisierungsforschung einen erneuten Schub (u.a. Donges, 2008; Mazzoleni & Schulz, 1999; Meyer, 2001; Pontzen, 2006; Salazar, 2006). Das „System Schröder“ stand für das dysfunktionale Potential einer Medienorientierung der obersten Regierungsebene, auch mit der Bezeichnung vom „Medienkanzler“ (Meng, 2002).

Es ist wiederum auffällig, dass Schröder den Bedeutungszuwachs des Internets in seiner Amtszeit nicht wirklich nutzte. Er blieb bei

„Bild, BamS und Glotze“, während seine Nachfolgerin den weltweit ersten Video-Podcast einer Regierungschefin startete (Schomburg et al., 2016, S. 291). Die 16 Amtsjahre von Angela Merkel, Bundeskanzlerin von 2005 bis 2021, haben das Pendel dann wieder zugunsten der Politik ausschlagen lassen, auch dank dieser neuen Möglichkeiten der Politik, den Journalismus zu umgehen.

Bei einer Analyse der bundesdeutschen Regierungschefs bleibt es deshalb wichtig zu betonen, dass immer auch „individuelle Strategien“ (Meyen et al., 2015, S. 155) eine entscheidende Rolle im Umgang mit den Medien spielen, da „die Art und Weise, wie Spitzenpolitiker ihre jeweilige Position ausfüllen und Macht ausüben, nicht allein institutionell determiniert sein dürfte, sondern mit der Persönlichkeitsstruktur des Amtsträgers variieren“ (Patzelt & Edinger, 2011, S. 28). Es muss sich bei Medialisierung also nicht zwangsläufig um einen unidirektionalen Prozess handeln. Deacon und Stanyer (2015) kritisieren, viele empirische Studien würden der Prozesshaftigkeit des Begriffs der Medialisierung überhaupt nicht gerecht. Dem hier verfolgten Ansatz liegt eine langfristige Perspektive zugrunde, die zunächst einmal berücksichtigt, dass über Jahrhunderte Politik – etwa durch Zensurmaßnahmen – die jeweils zeitgenössischen Medien kontrollierte und im Zeitverlauf ebenso von einer nicht unerheblichen Politisierung der Medien ausgegangen werden kann (Bösch & Frei, 2006). Auch die Beiträge in dem Sammelband *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert* (Arnold et al., 2010) bilden durchaus dynamische Prozesse eines Wechselspiels der Kräfteverhältnisse zwischen Politik und Medien ab.

## Close und distant reading

Vor diesem Hintergrund erscheint eine Quantifizierung der Medienbezüge allein unbefriedigend – hier ist eine qualitative Ergänzung notwendig. Ein Wechsel vom *distant reading* zum *close reading* offenbart, dass etwa die oben ausgezählten Medienbezüge ganz unterschiedlich gelagert sein können. In seiner Regierungserklärung vom 23. Januar 1958, mit zwölf Medienbezügen hier besonders beach-

tenswert, spricht Adenauer von einem „Trommelfeuer“ in der „sozialistischen Presse“ gegen die Regierung und nennt den „Tagesspiegel, die Stuttgarter Nachrichten, das Hamburger Abendblatt, die Frankfurter Neue Presse, Die Freiheit.“ Er erwähnt die Äußerungen der Vertreter der Opposition im Rundfunk und meint, diese hätten wohl „das Radio abgeschaltet, als ich gesprochen habe.“

In seiner zehn Medienbezüge beinhaltenden Antrittsrede nach der Wiederwahl 1972 vom 18. Januar 1973 wies Bundeskanzler Brandt „darauf hin, daß die umfassende Information des Bürgers und die Meinungsvielfalt in den Massenmedien für unsere Demokratie lebenswichtig sind. [...] Der öffentlich-rechtliche Charakter des Rundfunkwesens darf nicht ausgehöhlt werden.“ An diesen Punkt knüpfte der 1976 wiedergewählte Kanzler Schmidt in seiner Antrittsrede mit 18 Medienbezügen an. Wie vor ihm Brandt, betonte er, dass ohne „eine freie und offene Presse [...] auch Liberalität und Geistesfreiheit Schaden nehmen“ müssten und dass die Bundesregierung „deshalb auf die Verleger- und Journalistenverbände einwirken“ werde, „sich über eine einvernehmliche Regelung der inneren Pressefreiheit und über Redaktionsstatute zu verständigen.“

In der Diskussion um die Einführung von privatem Rundfunk bekräftigte er 1976: „Wir treten ein für den privatrechtlichen Charakter der Presse und für den öffentlich-rechtlichen Charakter von Funk und Fernsehen.“ In seiner Regierungserklärung vom 19. Januar 1978 mit 15 Medienbezügen erwähnte Schmidt die Schließung des *Spiegel*-Büros in Ost-Berlin und betonte, die Bundesregierung sehe „es als ihre Aufgabe an, Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR zu schaffen, zu erhalten und zu verbessern.“ Dagegen war die Erklärung nach seiner Wiederwahl 1980 mit neun Medienbezügen wieder deutlich geprägt von der Diskussion um den „privatrechtlichen Charakter der Presse und [...] den öffentlich-rechtlichen Charakter der elektronischen Medien, d. h. des Rundfunks und Fernsehens“, für den seine sozial-liberale Koalition auch weiter eintreten werde.

Hatte die Regierung Schmidt die Einführung von Privatfernsehen zu verhindern versucht, so bereitete die Regierung Kohl diese nun vor, wie der neu gewählte Kanzler 1983 in seiner Antrittsrede mit sechs Medienbezügen erläuterte:

„Die Meinungsvielfalt erhält durch die neuen Kommunikationstechniken neuen Auftrieb. Deshalb begrüßt die Bundesregierung die Initiativen einzelner Bundesländer, neue Organisations- und Beteiligungsformen für Hörfunk und Fernsehen zu schaffen.“ Damals wurde eine auch für die Medialisierungsforschung einschneidende neue Medienordnung geschaffen. In der Antrittsrede von Gerhard Schröder am 11. November 1998 fallen dann bei sieben Medienbezügen erstmals die Begriffe Internet und Online: „Im Zeitalter von Internet und Online-Kommunikation muß aber auch das Wort von der demokratischen Öffentlichkeit einen neuen Klang bekommen.“ Merkel wiederum betonte in ihrer Regierungserklärung vom 29. Januar 2014 eher das große Ganze: „Die digitalen Möglichkeiten und das Internet verändern unser Leben rasant. Sie schaffen schier unendliche Kommunikations- und Informationsformen, haben aber auch eine kaum absehbare Wirkung auf den Schutz dessen, was privat und persönlich sein und bleiben sollte.“

Auch bezüglich der Sentimentanalyse offenbart das *close reading* Kontext, den das *distant reading* noch verbirgt. Zu den stimmungsmäßigen Ausreißern nach unten gehört Schmidts Regierungserklärung nach der Ermordung des Generalbundesanwalts Buback und seiner Begleiter durch die RAF im April 1977, mit den Worten „Erschütterung“ und „Abscheu“, „grauenvollen“ und „hinterhältigen“ im Einstieg. Zu den positiven Ausreißern gehört Merkels Regierungserklärung zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft im März 2007: „Ich freue mich, heute als Vorsitzende des Europäischen Rates zu Ihnen sprechen zu können.“

## Fazit

Das Verhältnis von Politik und Medien bleibt auch zukünftig ein bedeutendes Feld der Kommunikationswissenschaft. Politische Führungspersonlichkeiten wie Putin, Trump oder Erdogan lenken den Fokus stärker auf die oberste Führung, der sich jüngst auch Henry Kissinger (2022) noch einmal umfassend gewidmet hat. Der vorliegende Beitrag hat diesen auch in Deutschland bereits vorhandenen Fokus auf die Medienkanzler (Birkner, 2016) aufgenommen und sich mit der Methode der automatisierten Inhaltsanalyse

den Regierungserklärungen der bundesdeutschen Kanzler und der Kanzlerin von 1949 bis 2021 gewidmet. Die Frage war dabei, ob sich in diesen Texten mit dieser Methode Medialisierungstendenzen aufzeigen lassen und es wurden entsprechende Hypothesen aufgestellt.

Bezüglich der Hypothesen H1, H2, H4 und H5 konnte jedoch in den Reden keine Orientierung der Kanzler und der Kanzlerin an den Medien festgestellt werden. Weder hat die Zahl der Medienbezüge oder eine positive Tonalität im Zeitverlauf deutlich zugenommen, noch die Länge der Reden oder ihre Komplexität deutlich abgenommen. Insgesamt scheinen die Regierungserklärungen der Logik des politischen Systems zu folgen und nicht etwa der Medienlogik. Insofern kann auf der Basis der vorliegenden Untersuchung die These einer Kolonialisierung der Politik durch die Medien für die höchste Regierungsebene in Summe abgelehnt werden. Lediglich bezüglich Hypothese H3 konnte mit der Abnahme der Satzlänge eine Veränderung im Zeitverlauf festgestellt werden, die sich mit einer Orientierung an den Medien (mit)erklären lassen. Hier scheint sich die höchste Regierungsebene nach den antizipierten Erfordernissen der Medien nach kurzen Statements langfristig zu richten. Im Gesamtkontext der Studie kann also keine starke Anbindung an die Medien festgestellt werden, was aber ja ebenfalls ein Ergebnis ist.

Der eingeschlagene Weg der automatisierten Inhaltsanalyse erscheint also deshalb einerseits für zukünftige Forschung so vielversprechend, weil dieses Verfahren eben neben der vielfach in der Literatur unterstellten Anpassung auch die „Nicht-Anpassung“ (Donges, 2005, S. 334) an eine antizipierte Medienlogik in den Blick nehmen kann. Damit kann zukünftig ein Beitrag auch zur ausgeglicheneren Bewertung des Verhältnisses von Politik und Medien geleistet und insgesamt die Möglichkeiten der Medialisierungsforschung methodisch erweitert werden. Um aber tatsächlich

einen Mehrwert für die Forschung in diesem Bereich leisten zu können, sollte das stark auf Quantifizierungen abhebende *distant reading* auch durch qualitative Verfahren und Formen des intensiven *close reading* begleitet werden. Weiterhin ist methodenkritisch anzumerken, dass etwa das Mediendiktionär in seiner Zusammenstellung nicht standardisiert ist und sich hier, wie auch in anderen Kontexten, die kritische Frage stellt, was denn überhaupt *die* Medien sind (vgl. hierzu etwa Blöbaum, 2018). Diesbezüglich bleibt zum Beispiel die rein quantitative Erfassung der Medienbezüge unterkomplex. Erst die Kontextualisierung durch die historische Einordnung sowie das *close reading* offenbaren die Beschaffenheit der Medienbezüge und ihre Quantität und Qualität gemeinsam verdeutlichen, dass hier keine Überformung des Politischen durch die Medien vorliegt.

Die Anwendung der automatisierten Inhaltsanalyse in der Forschung zur Medialisierung der Politik offenbart neben Chancen und Grenzen der Methode insgesamt, dass das Verhältnis von Politik und Medien differenzierter und weniger einseitig zu betrachten ist, als dies gelegentlich in der theoretischen Herleitung der Forschung geschieht. Natürlich liefert die vorliegende Studie nur einen kleinen Baustein auf diesem Weg. Das Sample ist mit 73 Regierungserklärungen immer noch vergleichsweise überschaubar, auch wenn sie zusammen deutlich über 400.000 Wörter umfassen. Auch kann die Textsorte einerseits mit ihrem hohen Grad an Standardisierung kritisiert werden, was jedoch andererseits ein hohes Maß an Vergleichbarkeit sicherstellt. Insgesamt zeigt sich, dass die Analyse von großen Textmengen und großen Zeiträumen durch *distant reading* überindividuelle Verhaltensweisen offenlegen kann, die sonst verborgen blieben. Um dem komplexen Verhältnis von Politik und Medien weiter empirisch forschend nahezukommen, lohnt sich die Erweiterung des Methodenrepertoires um die automatisierte Inhaltsanalyse allemal.

## Literaturverzeichnis

- Altheide, D. L., & Snow, R. P. (1979). *Media logic*. Sage.
- Arnold, K., Classen, C., Kinnebrock, S., Lersch, E., & Wagner, H.-U. (Hrsg.). (2010). *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert*. Leipziger Universitätsverlag.

- Asp, K. (1986). *Mächtiga massmedier: Studier i politisk opinionsbildning*. Akademilitteratur.
- Baugut, P. (2017). *Politiker und Journalisten in Interaktion. Einfluss des Medienwettbewerbs auf lokale politische Kommunikationskulturen*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-15368-7>
- Benoit, K., Watanabe, K., Nulty, P., & Obeng, A. (2017). *Quanteda: Quantitative analysis of textual data*. <http://quanteda.io>
- Benoit, K., Watanabe, K., Wang, H., Nulty, P., Obeng, A., Müller, S., & Matsuo, A. (2018). *Quanteda: An R package for the quantitative analysis of textual data*. *Journal of Open Source Software*, 3(30), 774. <https://doi.org/10.21105/joss.00774>
- Beucke, S., Meiring, J., & Russ, M. (2016). *Konrad Adenauer*. In T. Birkner (Hrsg.), *Medienkanzler. Politische Kommunikation in der Kanzlerdemokratie* (S. 45–74). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-07600-9\\_2](https://doi.org/10.1007/978-3-658-07600-9_2)
- Biermann, K., Blickle, P., Drongowski, R., Ehmann, A., Erdmann, E., Gortana, F., Lindhoff, A., Möller, C., Rauscher, C., Scheying, S., Schlieben, M., Stahnke, J., Tröger, J., & Venohr, S. (2019). *70 Jahre Bundestag: Darüber spricht der Bundestag. Die Zeit*. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/bundestag-jubilaem-70-jahre-parlament-reden-woerter-sprache-wandel>.
- Birkner, T. (2014). *Mann des gedruckten Wortes. Helmut Schmidt und die Medien*. Edition Temmen.
- Birkner, T. (2015). *Mediatization of politics. The case of the former German chancellor Helmut Schmidt*. *European Journal of Communication* 30(4), 454–469. <https://doi.org/10.1177/0267323115582150>
- Birkner, T. (Hrsg.). (2016). *Medienkanzler. Politische Kommunikation in der Kanzlerdemokratie*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-07600-9>
- Birkner, T. (2018). *Regierungskommunikation und staatliche Öffentlichkeitsarbeit in kommunikationshistorischer Perspektive*. In J. Raupp, J. N. Kocks, & K. Murphy (Hrsg.), *Regierungskommunikation und staatliche Öffentlichkeitsarbeit im Wandel* (S. 73–92). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-20589-8\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-658-20589-8_5)
- Birkner, T. (2019). *Medialisierung und Mediatisierung. 2., aktualisierte Auflage*. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748900177>
- Birkner, T., & Nölleke, D. (2016). *Soccer players and their media-related behavior: A contribution on the mediatization of sports*. *Communication & Sport*, 4(4), 367–384. <https://doi.org/10.1177/2167479515588719>
- Blöbaum, B. (2018). *Bezugspunkte von Medienvertrauen. Ergebnisse einer explorativen Studie*. *Media Perspektiven*, 12(2018), 601–607.
- Blumler, J. G., & Esser, F. (2019). *Mediatization as a combination of push and pull forces: Examples during the 2015 UK general election campaign*. *Journalism*, 20(7), 855–872. <https://doi.org/10.1177/1464884918754850>
- Boberg, S., Hase, V., & Johnson, D. (2016). *Gerhard Schröder*. In T. Birkner (Hrsg.), *Medienkanzler. Politische Kommunikation in der Kanzlerdemokratie* (S. 221–261). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-07600-9\\_7](https://doi.org/10.1007/978-3-658-07600-9_7)
- Boczek, K., & Hase, V. (2020). *Technische Innovation, theoretische Sackgasse? Chancen und Grenzen der automatisierten Inhaltsanalyse in Lehre und Forschung*. In J. Schützeneder, K. Meier, & N. Springer (Hrsg.), *Neujustierung der Journalistik/Journalismusforschung in der digitalen Gesellschaft* (S. 117–128). <https://doi.org/10.21241/soar.70828>
- Borucki, I. (2014). *Regieren mit Medien: Auswirkungen der Medialisierung auf die Regierungskommunikation der Bundesregierung von 1982–2010*. Budrich.
- Bösch, F., & Frei, N. (Hrsg.). (2006). *Medialisierung der Demokratie im 20. Jahrhundert*. Wallstein.
- Boumans, J. W., & Trilling, D. (2016). *Taking stock of the toolkit: An overview of relevant automated content analysis approaches and techniques for digital journalism scholars*. *Digital Journalism*, 4(1), 8–23. <https://doi.org/10.1080/21670811.2015.1096598>
- Busch, A., & Kaupert, M. (2018). *Die Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von 1949 bis 2018 im Spiegel automatisierter Textanalyse. Bericht zu einem Lehr-Forschungsprojekt an der Universität Göttingen*. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 28(3), 359–370. <https://doi.org/10.1007/s41358-018-0140-5>

- Casero-Ripollés, A., Feenstra, R. A., & Tormey, S. (2016). Old and new media logics in an electoral campaign: The case of Podemos and the two-way street mediatization of politics. *International Journal of Press/Politics*, 21(3), 378–397. <https://doi.org/10.1177/19401612166645340>
- Couldry, N. (2008). Mediatization or mediation? Alternative understandings of the emergent space of digital storytelling. *New Media & Society*, 10(3), 373–391. <https://doi.org/10.1177/1461444808089414>
- Couldry, N. (2012). *Media, society, world. Social theory and digital media practice*. Polity.
- Daniel, U. (2018). *Beziehungsgeschichten – Politik und Medien im 20. Jahrhundert*. Hamburger Edition.
- Deacon, D., & Staney, J. (2015). ‘Mediatization and’ or ‘mediatization of’? A response to Hepp et al. *Media, Culture & Society*, 37(3), 655–657. <https://doi.org/10.1177/0163443715580761>
- Diekmann, K., Quoos, J., & Zauritz, F. (2012, 23. Juni). Grosses Interview. Warum braucht man zum Regieren BILD, BamS und Glotze, Herr Schröder? *Bild.de*. <http://www.bild.de/news/topics/60-jahre-bild/interview-mit-gerhard-schroeder-24636504.bild.html>
- Donges, P. (2005). Medialisierung der Politik – Vorschlag einer Differenzierung. In P. Rössler & F. Krotz (Hrsg.), *Mythen der Mediengesellschaft – The Media Society and its Myths* (S. 321–339). UVK.
- Donges, P. (2008). *Medialisierung politischer Organisationen. Parteien in der Mediengesellschaft*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90942-4>
- Donges, P., & Jarren, O. (2014). Mediatization of political organizations: Changing parties and interest groups? In F. Esser & J. Strömbäck (Hrsg.), *Mediatizations of politics* (pp. 181–199). Palgrave Macmillan. [https://doi.org/10.1057/9781137275844\\_10](https://doi.org/10.1057/9781137275844_10)
- Dylla, D. W. (2008). Der Einfluss politischer Akteure auf die Politikberichterstattung. Selbstmedialisierung der Politik? In T. Jäger & H. Viehrig (Hrsg.), *Die amerikanische Regierung gegen die Weltöffentlichkeit? Theoretische und empirische Analysen der Public Diplomacy zum Irakkrieg* (S. 53–76). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-90954-7\\_3](https://doi.org/10.1007/978-3-531-90954-7_3)
- Esser, F. (2013). Mediatization as a challenge: Media logic versus political logic. In H. Kriesi, S. Lavenex, F. Esser, J. Matthes, M. Bühlmann, & D. Bochsler (Hrsg.), *Democracy in the age of globalization and mediatization* (S. 155–176). Palgrave Macmillan. <https://doi.org/10.5167/uzh-91250>
- Esser, F., & Strömbäck, J. (Hrsg.). (2014). *Mediatizations of politics: Understanding the transformation of Western democracies*. Palgrave Macmillan.
- Fawzi, N. (2014). Machen Medien Politik? Medialisierung der Energiepolitik aus Sicht von politischen Akteuren und Journalisten. *Nomos*. <https://doi.org/10.5771/9783845256009>
- Gallon, L., Lindeburg, T., & Winkler, A. (2016). Helmut Kohl. In T. Birkner (Hrsg.), *Medienkanzler. Politische Kommunikation in der Kanzlerdemokratie* (S. 181–219). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-07600-9\\_6](https://doi.org/10.1007/978-3-658-07600-9_6)
- Gaßner, A., Masch, L., Rosar, U., & Schöttle, S. (2019). Schöner wählen: Der Einfluss der physischen Attraktivität des politischen Personals bei der Bundestagswahl 2017. In K.-R. Korte & J. Schoofs (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2017* (S. 63–82). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-25050-8\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-658-25050-8_4)
- Goldhahn, D., Eckart, T., & Quasthoff, U. (2012). Building large monolingual dictionaries at the Leipzig Corpora Collection: From 100 to 200 languages. *Proceedings of the 8th International Language Resources and Evaluation (LREC’12)*, 759–765. [http://www.lrec-conf.org/proceedings/lrec2012/pdf/327\\_Paper.pdf](http://www.lrec-conf.org/proceedings/lrec2012/pdf/327_Paper.pdf)
- Grimmer, J., & Stewart, B. M. (2013). Text as data: The promise and pitfalls of automatic content analysis methods for political texts. *Political Analysis*, 21(3), 267–297. <https://doi.org/10.1093/pan/mps028>
- Günther, E., & Quandt, T. (2016). Word counts and topic models. *Digital Journalism*, 4(1), 75–88. <https://doi.org/10.1080/21670811.2015.1093270>
- Haßler, J. (2017). *Mediatisierung der Klimapolitik. Eine vergleichende Input-Output-Analyse zur Übernahme der Medienlogik durch die Politik*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-15668-8>
- Heinecke, S. (2014). *Fit fürs Fernsehen? Die Medialisierung des Spitzensports als Kampf um Gold und Sendezeit*. Herbert von Halem Verlag.

- Hepp, A., & Krotz, F. (2012). Mediatisierte Welten: Forschungsfelder und Beschreibungsansätze – Zur Einleitung. In F. Krotz & A. Hepp (Hrsg.), *Mediatisierte Welten: Beschreibungsansätze und Forschungsfelder* (S. 7–23). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-94332-9\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-531-94332-9_1)
- Hjarvard, S. (2008). The mediatization of society. A theory of the media as agents of social and cultural change. *Nordicom Review*, 29(2), 105–134. <https://doi.org/10.1515/nor-2017-0181>
- Karmasin, M. (2006). Die Medialisierung der Medienpolitik: Organisation der Selbstorganisation. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 35 (4), 379–389. <https://doi.org/10.15203/ozp.898.vol35iss4>
- Kepplinger, H. M. (2002). Mediatization of politics. Theory and data. *Journal of Communication*, 52(4), 972–986. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2002.tb02584.x>
- Kepplinger, H. M. (2007). Reciprocal effects: Toward a theory of mass media effects on decision makers. *Harvard International Journal of Press/Politics* 12(2), 3–23. <https://doi.org/10.1177/1081180X07299798>
- Kepplinger, H. M. (2008). Was unterscheidet die Mediatisierungsforschung von der Medienwirkungsforschung. *Publizistik*, 53(3), 326–338. <https://doi.org/10.1007/PL00022224>
- Kepplinger, H. M., & Zerback, T. (2009). Der Einfluss der Medien auf Richter und Staatsanwälte. *Publizistik* 54(2), 216–39. <https://doi.org/10.1007/s11616-009-0036-y>
- Kissinger, H. (2022). *Leadership. Six studies in world strategy*. Penguin Books.
- Korte, K.-R. (Hrsg.). (2002a). „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.“ Eine Analyse der großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder. Westdeutscher Verlag. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-90251-1>
- Korte, K.-R. (2002b). Die Regierungserklärung als Führungsinstrument der Bundeskanzler. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 33(3), 452–462.
- Kramer, O. (2021). Reden ohne Blendwerk. *Zeit Geschichte*, 5(2021), 118.
- Landerer, N. (2013). Rethinking the logics: A conceptual framework for the mediatization of politics. *Communication Theory*, 23(3), 239–258. <https://doi.org/10.1111/comt.12013>
- Lundby, K. (2014). Mediatization of communication. In K. Lundby (Hrsg.), *Mediatization of communication* (S. 3–35). de Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110272215.3>
- Marcinkowski, F., & Steiner, A. (2010). Was heißt Medialisierung? Autonomiebeschränkung oder Ermöglichung von Politik durch Massenmedien? In K. Arnold, C. Classen, S. Kinnebrock, E. Lersch, & H.-U. Wagner (Hrsg.), *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert* (S. 51–76). Leipziger Universitätsverlag.
- Marcinkowski, F. (2015). Die „Medialisierung“ der Politik: Veränderte Bedingungen politischer Interessensvermittlung. In R. Speth & A. Zimmer (Hrsg.), *Lobby-Work. Interessenvertretung in der Medien- und Wissensgesellschaft* (S. 70–95). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-09433-1\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-658-09433-1_4)
- Martín-Barbero, J. (1987). De los medios a las mediaciones. Gustavo Gili.
- Mazzoleni, G. (1987). Media logic and party logic in campaign coverage: The Italian general election of 1983. *European Journal of Communication*, 2(1), 81–103. <https://doi.org/10.1177/0267323187002001005>
- Mazzoleni, G., & Schulz, W. (1999). „Mediatization“ of politics: A challenge for democracy? *Political Communication*, 16(3), 247–261. <https://doi.org/10.1080/105846099198613>
- Meng, R. (2002). *Der Medienkanzler. Was bleibt vom System Schröder?* Suhrkamp.
- Meyen, M. (2018). *Breaking News: Die Welt im Ausnahmezustand. Wie uns die Medien regieren*. Westend.
- Meyen, M., Strenger, S., & Thieroff, M. (2015). Medialisierung als langfristige Medienwirkungen zweiter Ordnung. In S. Kinnebrock, C. Schwarzenegger, & T. Birkner (Hrsg.), *Theorien des Medienwandels* (S. 141–160). Herbert von Halem Verlag.
- Meyer, T. (2001). *Mediokratie: Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien*. Suhrkamp.
- Meyrowitz, J. (1985). *No sense of place: The impact of electronic media on social behavior*. Oxford University Press.
- Moretti, F. (2013). *Distant reading*. Verso.

- Moretti, F. (2016). Distant reading. Konstanz University Press.
- Münkel, D. (2005). Willy Brandt und die „Vierte Gewalt“. Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren. Campus Verlag.
- Niclauß, K. (2015). Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-02398-0>
- Nölleke, D., & Scheu, A. M. (2018). Perceived media logic: The point of reference for mediatization. In C. Thimm, M. Anastasiadis, & J. Einspänner-Pflock (Hrsg.), Media logic(s) revisited. Modelling the interplay between media institutions, media technology and societal change (S. 195–216). Palgrave Macmillan. [https://doi.org/10.1007/978-3-319-65756-1\\_10](https://doi.org/10.1007/978-3-319-65756-1_10)
- Oberreuter, H. (1982). Übermacht der Medien: Erstickt die demokratische Kommunikation? Edition Interfrom.
- Patzelt, W. J., & Edinger, M. (2011). Politik als Beruf. Zum politischen Führungspersonal in der modernen Demokratie. In M. Edinger & W. J. Patzelt (Hrsg.), Politik als Beruf (S. 9–30). VS.
- Pontzen, D. (2006). Nur Bild, BamS und Glotze? Medialisierung der Politik aus Sicht der Akteure. Lit.
- Pörksen, U. (2003). Was ist eine gute Regierungserklärung? Grundriss einer deutschen Poetik. Wallstein Verlag.
- Puschmann, C. (2021). Automatisierte Inhaltsanalyse mit R. <http://inhaltsanalyse-mit-r.delindex.html>
- Reinemann, C. (2010). Medialisierung ohne Ende? Zum Stand der Debatte um Medieneinflüsse auf die Politik. Zeitschrift für Politik, 57(3), 278–293. <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2010-3-278>
- Remus, R., Quasthoff, U., & Heyer, G. (2010). SentiWS – a publicly available German-language resource for sentiment analysis. Proceedings of the 7th International Language Resources and Evaluation (LREC'10), 1168–1171. [http://www.lrec-conf.org/proceedings/lrec2010/pdf/490\\_Paper.pdf](http://www.lrec-conf.org/proceedings/lrec2010/pdf/490_Paper.pdf)
- Rosumek, L. A. (2007). Die Kanzler und die Medien. Acht Portraits von Adenauer bis Merkel. Campus Verlag.
- Salazar, W. (2006). Der Wandel der Regierungskommunikation. Beobachtungen zur Regierungs-PR unter Gerhard Schröder. In M. M. Köhler (Hrsg.), Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierungen und deren Beratern (S. 73–82). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-90462-7\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-531-90462-7_4)
- Sarcinelli, U. (2011). Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System (3., erweiterte und überarbeitete Auflage). VS Verlag. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93018-3>
- Schade, E., & Künzler, M. (2010). Kommunikations- und Mediengeschichte. In H. Bonfadelli, O. Jarren, & G. Siegert (Hrsg.), Einführung in die Publizistikwissenschaft (S. 77–109). Haupt Verlag.
- Schäfer, M. S. (2014). The media in the labs, and the labs in the media: What we know about the mediatization of science. In K. Lundby (Hrsg.), Mediatization of Communication (S. 571–593). de Gruyter.
- Scheu, A. M. (2021). Medienwandel und Populismus. In I. Nord & T. Schlag (Hrsg.), Die Kirchen und der Populismus. Interdisziplinäre Recherchen in Gesellschaft, Religion, Medien und Politik (S. 59–73). Evangelische Verlagsanstalt.
- Schindler, P. (1999). Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Nomos.
- Schmidt, H. (1965, 14. Dezember). Parlament – Fernsehen – Bürger. Münchner Abendzeitung.
- Schmidt, H. (1978, 26. Mai). Plädoyer für einen fernsehfreen Tag. Ein Anstoß für mehr Miteinander in unserer Gesellschaft. Die Zeit. <http://www.zeit.de/1978/22/Plaedoyer-fuer-einen-fernsehfreen-Tag>
- Schmidt, K. & Birkner, T. (2022). Ludwig Erhard: Ein Kommunikationsgenie – nur nicht als Kanzler. In M. Behmer (Hrsg.), Anno 2022. Das Magazin der Medienjubiläen (S. 80-81).
- Schomburg, A., Mykhalchyshyn, Z., & Herber, V. (2016). Angela Merkel. In T. Birkner (Hrsg.), Medienkanzler. Politische Kommunikation in der Kanzlerdemokratie (S. 263–301). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-07600-9\\_8](https://doi.org/10.1007/978-3-658-07600-9_8)

- Spörer-Wagner, D., & Marcinkowski, F. (2011). Politiker in der Öffentlichkeitsfalle? Zur Medialisierung politischer Verhandlungen in nationalen Kontexten. In M. Edinger & W. J. Patzelt (Hrsg.), *Politik als Beruf* (S. 416–438). Springer VS.
- Strömbäck, J. (2008). Four phases of mediatization: An analysis of the mediatization of politics. *The International Journal of Press/Politics*, 13(3), 228–246. <https://doi.org/10.1177/1940161208319097>
- Trilling, D., & Jonkman, J. G. F. (2018). Scaling up content analysis. *Communication Methods and Measures*, 12(2–3), 158–174. <https://doi.org/10.1080/19312458.2018.1447655>
- van den Berg, G., & Vogt, S. (2002a). Die Großen Regierungserklärungen der Bundeskanzler im quantitativen Vergleich. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 33(3), 463–473.
- van den Berg, G., & Vagt, S. (2002b). Regierungserklärungen im Vergleich: Eine quantitative Analyse. In K.-R. Korte (Hrsg.), „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.“ Eine Analyse der großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder (S. 57–81). Westdeutscher Verlag. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-90251-1\\_3](https://doi.org/10.1007/978-3-322-90251-1_3)
- Vates, D. (2015, 8. Juli). Kanzleramtsminister im Porträt – Peter Altmaier ist Angela Merkels Mann für die schwierigen Themen. *Mitteldeutsche Zeitung*. <https://www.mz.de/deutschland-und-welt/politik/kanzleramtsminister-im-portrat-peter-altmaier-ist-angela-merkels-mann-fur-die-schwierigen-themen-3073768>
- Wagener, L., & Steppat, D. (2016). Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger. In T. Birkner (Hrsg.), *Medienkanzler. Politische Kommunikation in der Kanzlerdemokratie* (S. 81–115). Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-07600-9\\_3](https://doi.org/10.1007/978-3-658-07600-9_3)
- Weischenberg, S. (2001). *Nachrichtenjournalismus*. Westdeutscher Verlag. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-80407-5>
- Wilke, J., & Reinemann, C. (2000). *Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung 1949–1998*. Böhlau.
- Wimmer, G. (2005). The type-token-relation. In R. Köhler, G. Altmann, & R. G. Piotrowski (Hrsg.), *Quantitative Linguistik – Quantitative Linguistics. Ein internationales Handbuch* (S. 361–368). de Gruyter.
- Zipfel, A. (2005). *Der Macher und die Medien. Helmut Schmidts politische Öffentlichkeitsarbeit*. WF-Edition Journalismus.

## Anhang

Tabelle: Regierungserklärungen von 1949 bis 2021

Nr.	Datum	Art der Rede <sup>1</sup>	Kanzler*in	Partei	Sätze	Wörter	pro Satz
1	20.09.1949	Antrittsrede	Adenauer	CDU	295	6593	22,35
2	10.03.1950	Regierungserklärung	Adenauer	CDU	165	3518	21,32
3	09.03.1951	Regierungserklärung	Adenauer	CDU	110	2732	24,84
4	07.02.1952	Regierungserklärung	Adenauer	CDU	271	7526	27,77
5	20.10.1953	Antrittsrede	Adenauer	CDU	395	8552	21,65
6	25.02.1954	Regierungserklärung	Adenauer	CDU	133	3143	23,63
7	22.09.1955	Regierungserklärung	Adenauer	CDU	184	3708	20,15
8	08.11.1956	Regierungserklärung	Adenauer	CDU	135	3616	26,79
9	29.10.1957	Antrittsrede	Adenauer	CDU	297	6867	23,12
10	23.01.1958	Regierungserklärung	Adenauer	CDU	150	3158	21,05
11	22.01.1959	Erklärung <sup>2</sup>	Adenauer	CDU	140	2202	15,73
12	24.05.1960	Regierungserklärung	Adenauer	CDU	57	1306	22,91
13	29.11.1961	Antrittsrede	Adenauer <sup>3</sup>	CDU	406	7986	19,67

Nr.	Datum	Art der Rede <sup>1</sup>	Kanzler*in	Partei	Sätze	Wörter	pro Satz
14	09.10.1962	Regierungserklärung	Adenauer	CDU	288	5532	19,21
15	18.10.1963	Antrittsrede	Erhard	CDU	527	11939	22,65
16	15.10.1964	Regierungserklärung	Erhard	CDU	340	6981	20,53
17	10.11.1965	Antrittsrede	Erhard	CDU	573	11747	20,50
18	13.12.1966	Antrittsrede	Kiesinger	CDU	296	6137	20,73
19	18.01.1967	Regierungserklärung	Kiesinger	CDU	52	1232	23,69
20	11.03.1968	Bericht zu Lage der N.	Kiesinger	CDU	289	5802	20,08
21	28.10.1969	Antrittsrede	Brandt	SPD	521	8728	16,75
22	14.01.1970	Bericht zu Lage der N.	Brandt	SPD	284	6310	22,22
23	24.03.1971	Regierungserklärung	Brandt	SPD	253	4913	19,42
24	23.02.1972	Bericht zu Lage der N.	Brandt	SPD	116	2385	20,56
25	18.01.1973	Antrittsrede	Brandt	SPD	498	9054	18,18
26	17.05.1974	Antrittsrede	Schmidt	SPD	452	8026	17,76
27	30.01.1975	Bericht zu Lage der N.	Schmidt	SPD	231	5346	23,14
28	16.12.1976	Antrittsrede	Schmidt	SPD	816	15047	18,44
29	20.04.1977	Regierungserklärung	Schmidt	SPD	154	3420	22,21
30	19.01.1978	Regierungserklärung	Schmidt	SPD	470	9545	20,31
31	04.07.1979	Regierungserklärung	Schmidt	SPD	63	1188	18,86
32	24.11.1980	Antrittsrede	Schmidt	SPD	669	10743	16,06
33	07.05.1981	Regierungserklärung	Schmidt	SPD	177	3762	21,25
34	13.10.1982	Antrittsrede	Kohl	CDU	569	9282	16,31
35	04.05.1983	Antrittsrede	Kohl	CDU	815	11641	14,28
36	15.03.1984	Bericht zu Lage der N.	Kohl	CDU	291	4951	17,01
37	18.04.1985	Regierungserklärung	Kohl	CDU	114	2658	23,32
38	14.03.1986	Bericht zu Lage der N.	Kohl	CDU	335	5800	17,31
39	18.03.1987	Antrittsrede	Kohl	CDU	837	13597	16,24
40	01.12.1988	Bericht zu Lage der N.	Kohl	CDU	239	4488	18,78
41	16.11.1989	Bericht zu Lage der N.	Kohl	CDU	297	6169	20,77
42	04.10.1990	Regierungserklärung	Kohl	CDU	328	5910	18,02
43	30.01.1991	Antrittsrede	Kohl	CDU	837	14774	17,65
44	02.04.1992	Regierungserklärung	Kohl	CDU	95	1856	19,54
45	25.03.1993	Regierungserklärung	Kohl	CDU	378	6611	17,49
46	23.11.1994	Antrittsrede	Kohl	CDU	438	7157	16,34
47	19.01.1995	Regierungserklärung	Kohl	CDU	75	1920	25,60
48	26.04.1996	Regierungserklärung	Kohl	CDU	236	4541	19,24
49	31.01.1997	Regierungserklärung	Kohl	CDU	297	5910	19,90
50	10.11.1998	Antrittsrede	Schröder	SPD	769	12234	15,91
51	26.03.1999	Regierungserklärung	Schröder	SPD	138	2811	20,37
52	06.04.2000	Regierungserklärung	Schröder	SPD	166	3831	23,08
53	19.01.2001	Regierungserklärung	Schröder	SPD	143	2313	16,17
54	29.10.2002	Antrittsrede	Schröder	SPD	286	6090	21,29
55	13.02.2003	Regierungserklärung	Schröder	SPD	187	3658	19,56

Nr.	Datum	Art der Rede <sup>1</sup>	Kanzler*in	Partei	Sätze	Wörter	pro Satz
56	25.03.2004	Regierungserklärung	Schröder	SPD	378	6988	18,49
57	30.11.2005	Antrittsrede	Merkel	CDU	664	11102	16,72
58	11.05.2006	Regierungserklärung	Merkel	CDU	229	4163	18,18
59	01.03.2007	Regierungserklärung	Merkel	CDU	170	3046	17,92
60	19.06.2008	Regierungserklärung	Merkel	CDU	118	2127	18,03
61	10.11.2009	Antrittsrede	Merkel	CDU	399	5997	15,03
62	28.01.2010	Regierungserklärung	Merkel	CDU	146	2364	16,19
63	17.03.2011	Regierungserklärung	Merkel	CDU	204	3697	18,12
64	27.02.2012	Regierungserklärung	Merkel	CDU	153	2729	17,84
65	21.02.2013	Regierungserklärung	Merkel	CDU	140	2884	20,60
66	29.01.2014	Antrittsrede	Merkel	CDU	355	6470	18,23
67	15.01.2015	Regierungserklärung	Merkel	CDU	134	2493	18,60
68	17.02.2016	Regierungserklärung	Merkel	CDU	110	2298	20,89
69	09.03.2017	Regierungserklärung	Merkel	CDU	178	3731	20,96
70	21.03.2018	Antrittsrede	Merkel	CDU	371	6978	18,81
71	21.03.2019	Regierungserklärung	Merkel	CDU	191	3847	20,14
72	23.04.2020	Regierungserklärung	Merkel	CDU	180	3446	19,14
73	11.02.2021	Regierungserklärung	Merkel	CDU	148	2911	19,67

THOMAS BIRKNER,

Prof. Dr., leitet die Abteilung Journalistik am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Paris Lodron Universität Salzburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Journalismusforschung, politische Kommunikation, Kommunikationsgeschichte und Sportkommunikation. Von der DFG geförderte Forschungsprojekte: „Medienbiografien der bundesdeutschen Kanzler und der Kanzlerin“ und „Das Jahrhundert des Journalismus“.

#### Fußnoten (Tabelle)

1 Das hier untersuchte Korpus der Regierungserklärungen umfasst neben den Antrittsreden nach einer Bundestagswahl in der Regel die jeweils erste Regierungserklärung eines Kalenderjahres. Darunter finden sich auch einige so genannte „Berichte zur Lage der Nation im gespaltenen Deutschland“. Diese, an der US-amerikanischen State of the Union-Address orientierten, Berichte wurden von 1968 bis 1989, als die Berliner Mauer fiel, jährlich vom Regierungschef vor dem Bundestag gehalten. Bei Korte (2002b, S. 453-454) wird der erste dieser Berichte auf den 3. März 1969 datiert. Tatsächlich wurde der erste Bericht zur Lage der Nation im gespaltenen Deutschland am 11. März 1968 von Kiesinger vor dem Deutschen Bundestag abgegeben (vgl. Schindler, 1999, S. 1193 sowie die Protokolle des Deutschen Bundestags <https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/05/05158.pdf>) und ist auch Teil des hier untersuchten Sample. Und so wurden für jeden Kanzler in den Jahren 1968 bis 1989 immer auch einige Berichte zur Lage der Nation im Sample berücksichtigt. Da jedoch bei Willy Brandt und auch Helmut Schmidt der Bericht über die Lage der Nation immer bzw. häufig die erste Regierungserklärung im Jahr darstellte, bei Helmut Kohl jedoch häufig die letzte Regierungserklärung, wurde hier für 1971, 1979, 1981, 1985, 1988 und 1989 von der Regel „erste Regierungserklärung“ abgewichen und entweder die erste Regierungserklärung nach einem Bericht zur Lage der Nation ausgewählt (1971, 1979, 1981) oder eben der Bericht zur Lage der Nation des jeweiligen Jahres (1985, 1988, 1989).

2 Im Jahr 1959 wurde nach der Aufstellung von Schindler (1999, S. 1191) nur eine offiziell so bezeichnete Regierungserklärung gehalten, und zwar am 25.11.1959 durch Außenminister von Brentano. Da es hier explizit um Erklärungen der Kanzler\*innen geht und für jedes Jahr eine Erklärung herangezogen werden sollte, ist hier die erste Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer vor dem Bundestag im Kalenderjahr 1959 vom 22.01.1959 Teil des Korpus.

3 Die Antrittsrede 1961 wurde aufgrund einer Erkrankung Adenauers gehalten von seinem Stellvertreter und Nachfolger Erhard (vgl. Schindler, 1999, S. 1191).